

BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen/IRH
Postfach 100545, 35335 Gießen
www.irh-info.de



„Kundgebung für Frieden und Völkerrecht“

Sonntag, 12. April 2026, RÖMERBERG FRANKFURT

Rede von Ramazan Kuruyüz, Vorsitzender der IRH

Bismil-lahir-rahmanir-rahim

Mit dem Namen Allahs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen

As-salamu aleikum wa rahmatullah! Friede und Gnade ALLAHs mögen auf euch sein

Liebe Schwestern und Brüder,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens und der Gerechtigkeit,

wir sind heute hier in Frankfurt zusammengekommen, weil wir eine Verantwortung tragen, der wir uns nicht entziehen dürfen. Es ist die Verantwortung vor Gott, vor unserem eigenen Gewissen und vor den kommenden Generationen. In einer Zeit, in der Gewalt, Krieg und politische Eskalation den Alltag von Hunderten Millionen Menschen prägen, dürfen wir nicht schweigen. Denn Schweigen angesichts von Unrecht ist nicht Neutralität. Schweigen angesichts von Unrecht ist das Verstummen der Gerechtigkeit.

Unsere Religionen – der Islam, das Christentum und das Judentum – verpflichten uns gemeinsam zu einem klaren ethischen Maßstab. Der Qur'an fordert uns auf, standhaft für die Gerechtigkeit einzutreten, selbst dann, wenn es uns schwerfällt oder gegen eigene Interessen geht. Er ruft uns dazu auf, das Gute zu gebieten und das Verwerfliche zu verhindern. Die Bibel ruft uns dazu auf, Friedensstifter zu sein und uns nicht von der Mehrheit zum Unrecht verleiten zu lassen. Diese gemeinsamen Grundlagen sind eindeutig: Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Unrecht geschieht, und wir dürfen uns nicht von Macht, Angst oder politischen Interessen davon abhalten lassen, die Wahrheit zu benennen. Gerade als Religionsgemeinschaften dürfen wir nicht zulassen, dass Religion zum Werkzeug der Gewalt wird. Religion darf niemals dazu missbraucht werden, Angriffskriege, Besatzung, Vertreibung oder das Töten von Zivilisten zu rechtfertigen. Religion muss eine Stimme des Gewissens sein. Sie muss den Menschen vor Machtmissbrauch schützen und ihn an die Heiligkeit des Lebens erinnern.

Der Gesandte des Islam, der Prophet Muhammad – Friede sei mit ihm – hat uns gelehrt, dass wir Unrecht nicht hinnehmen dürfen. Wer Unrecht sieht, soll es verändern – mit seiner Hand, mit seiner Stimme oder wenigstens mit seinem Herzen. Diese Lehre ist keine symbolische Moral. Sie ist ein Auftrag. Und genau aus diesem Auftrag heraus stehen wir heute hier.

Wir stehen hier nicht, um Stimmungen zu bedienen. Wir stehen hier, um Verantwortung zu bezeugen. Wir stehen hier, weil unser Glaube, unser Gewissen und unser Verständnis von Menschlichkeit uns dazu verpflichten.

Gerechtigkeit ist Pflicht.

Wenn wir die gegenwärtige Lage im Nahen und Mittleren Osten betrachten, erkennen wir, dass wir es längst nicht mehr mit einzelnen, voneinander getrennten Konflikten zu tun haben. Vielmehr erleben wir einen zusammenhängenden politischen und militärischen Prozess, der sich von Gaza über das Westjordanland und den Libanon bis hin zum Iran erstreckt und sich inzwischen zu einem Flächenbrand entwickelt hat. Dieser Flächenbrand ist nicht nur eine regionale Krise. Er hat bereits globale Auswirkungen – politisch, wirtschaftlich und humanitär. Er betrifft die Stabilität ganzer Staaten, die Sicherheit von Gesellschaften, die Versorgung mit Energie und die politische Zukunft einer Welt, die ohnehin von Unsicherheit geprägt ist.

Dabei müssen wir die Realität klar benennen. Die militärischen Angriffe auf den Iran gingen von den Vereinigten Staaten von Amerika unter der Führung von Donald Trump und von Israel unter der Regierung von Benjamin Netanyahu aus. Der Iran ist in diesem Zusammenhang der angegriffene Staat. Diese Feststellung ist keine politische Interpretation, sondern eine Beschreibung der tatsächlichen Ausgangslage. Wer diese Realität ausblendet oder relativiert, verwischt die grundlegende Unterscheidung zwischen Angreifer und Angegriffenem. Und genau dort beginnt die Erosion des Rechts.

Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die Sprache der politischen Führung der USA, nämlich von Donald Trump. Wenn öffentlich von der Möglichkeit gesprochen wird, eine ganze Zivilisation zu zerstören, dann verlassen wir den Boden verantwortungsvoller Politik. Eine solche Rhetorik ist nicht nur eine Drohung gegenüber einem Staat. Sie ist ein Angriff auf die Grundlagen der internationalen Ordnung und eine Gefahr für den Weltfrieden. Sie zeigt, wie tief der Geist der Großmachtpolitik in das Denken der Gegenwart zurückgekehrt ist. Wenn Macht sich nicht mehr an Recht bindet, sondern das Recht nach den Interessen der Mächtigen verbogen wird, dann stehen wir nicht mehr auf dem Boden einer zivilisierten Weltordnung, sondern wieder vor der Logik des Rechts des Stärkeren. In diesem Zusammenhang sage ich in aller Deutlichkeit: Donald Trump und Benjamin Netanyahu sind die größte Gefahr für den Weltfrieden und (sie) müssen wegen ihrer Kriegsverbrechen vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden.

Besonders widersprüchlich erscheint diese Entwicklung, wenn man sich die früheren Aussagen von US-Präsident Donald Trump in Erinnerung ruft. Er hatte sich selbst immer wieder als der Präsident dargestellt, der Kriege beendet und Frieden bringt. Er kritisierte seine Vorgänger dafür, Konflikte nicht verhindert zu haben, und versprach eine Politik, die militärische Eskalationen vermeidet.

Doch die heutige Realität zeigt ein anderes Bild. Statt Konflikte zu beenden, trägt die gegenwärtige Politik der USA selbst zur Eskalation bei. Statt Frieden zu schaffen, ist ein Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten entstanden – mit tausenden Opfern, mit Vertreibungen und mit globalen politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist nicht nur politisch problematisch. Er untergräbt auch das Vertrauen in politische Verantwortung insgesamt. Denn wenn Frieden versprochen, aber Krieg geführt wird, verliert Politik ihre Glaubwürdigkeit.

Gleichzeitig erleben wir, dass die derzeitige Waffenruhe zwischen den USA und dem Iran äußerst fragil ist. Die Möglichkeit einer erneuten militärischen Eskalation besteht weiterhin jederzeit. Gestern fanden in Islamabad in Pakistan Friedensverhandlungen zwischen den USA und dem Iran unter Vermittlung Pakistans statt. Diese Gespräche sind jedoch ohne Einigung zu Ende gegangen. Sowohl die amerikanische als auch die iranische Seite haben das Scheitern der Verhandlungen bestätigt. Diese Entwicklung ist ein Rückschlag für alle, die auf eine Deeskalation gehofft haben. Sie zeigt, wie tief das Misstrauen und wie groß die Spannungen weiterhin sind. Und dennoch dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben.

Wir hoffen, dass diese Gespräche nicht das Ende, sondern nur eine Unterbrechung auf dem Weg zu einem echten und dauerhaften Frieden sind.

Wir hoffen, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Dass Diplomatie nicht scheitert, sondern gestärkt wird.

Dass nicht mehr Waffen sprechen, sondern Worte.

Dass nicht mehr zerstört wird, sondern aufgebaut wird.

Dass nicht mehr getötet wird, sondern Leben geschützt wird.

Denn am Ende darf nicht die Macht siegen – sondern das Recht. Diplomatie statt Krieg.

Währenddessen hat Israel trotz dieser Waffenruhe seine militärischen Angriffe fortgesetzt, insbesondere im Libanon, wo Berichten zufolge über 300 bis 500 Menschen allein nach der Ankündigung der Waffenruhe ums Leben kamen. Darüber hinaus setzt sich die Politik Israels der Vertreibung und Eskalation im Libanon sowie im Westjordanland fort. Besonders besorgniserregend ist die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Verhängung der Todesstrafe gezielt gegen Palästinenser ermöglicht. Die humanitäre Lage im Gazastreifen bleibt weiterhin dramatisch. Durch die anhaltende Blockade Israels verschärft sich die Situation für die Zivilbevölkerung in Gaza täglich mit aller Härte. Genau deshalb ist diese Situation nicht als isolierter militärischer Konflikt zu begreifen, sondern als Ausdruck einer strukturellen Krise, in der Gewalt, Besatzung, Blockade, Vertreibung und politische Straflosigkeit ineinandergreifen.

Gerade in diesem Zusammenhang müssen wir uns an eine gewaltige Botschaft unseres Glaubens erinnern. Der Prophet Muhammad – Friede sei mit ihm – überliefert uns, dass Allah am Tag des Gerichts sagen wird: „O Mensch, ich war krank, und du hast mich nicht besucht.“

Der Mensch wird antworten: „Wie hätte ich dich besuchen können, da du doch der Herr der

Welten bist?“ Und Allah wird sagen: „Mein Diener war krank, und hättest du ihn besucht, hättest du mich bei ihm gefunden.“ Weiter heißt es: „Ich war hungrig, und du hast mich nicht gespeist. Ich war durstig, und du hast mir nichts zu trinken gegeben.“ Und Allah sagt sinngemäß: Hättest du dem Bedürftigen geholfen, hättest du mich dort gefunden. Diese Worte sind erschütternd in ihrer Klarheit. Sie bedeuten: Wer leidenden Menschen nicht hilft, lässt nicht nur einen Menschen allein, sondern verrät die eigene Gottesbeziehung. Wer Hunger ignoriert, ignoriert Menschlichkeit. Wer schweigt, macht sich mitschuldig. Diese Überlieferung ist gerade angesichts von Gaza von erschütternder Aktualität. Wenn Menschen hungern, wenn Kinder verdursten, wenn Verwundete ohne Medikamente bleiben, wenn Familien unter Trümmern leben und die Welt darüber hinweggeht, dann ist das nicht nur ein politisches Problem. Es ist eine geistige und moralische Anklage gegen unsere Zeit.

Gerechtigkeit. Menschenwürde. Frieden.

Wenn wir nach Gaza schauen, sehen wir eine humanitäre Katastrophe von erschütterndem Ausmaß. Seit Oktober 2023 wurden über 75.000 Zivilisten getötet, darunter etwa 20.000 Kinder. Millionen Menschen wurden vertrieben. Ganze Städte wurden zerstört. Die grundlegende Versorgung mit Wasser, Nahrung, medizinischer Hilfe und Schutz ist zusammengebrochen. Das ist nicht nur eine politische Krise. Das ist eine moralische Prüfung für die gesamte Menschheit. Gaza ist zu einem Prüfstein unseres Gewissens geworden. Nicht nur die Frage, was dort geschieht, ist entscheidend, sondern die Frage, wie die Welt darauf reagiert – oder eben nicht reagiert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eine zentrale Frage: Nach welchen Maßstäben bewertet die internationale Gemeinschaft menschliches Leben? In unserem Grundgesetz heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Doch dieser Anspruch verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn menschliches Leid unterschiedlich wahrgenommen und bewertet wird. Wenn einzelne Opfer in Israel große Aufmerksamkeit erhalten, während hunderttausend getötete Zivilisten in Gaza, Westjordanland, Libanon und Iran – darunter zehntausende Kinder – kaum Beachtung finden, entsteht ein Eindruck der Ungleichwertigkeit menschlichen Lebens. Diese Ungleichbehandlung ist nicht nur moralisch problematisch. Sie ist auch pädagogisch verheerend. Denn junge Menschen erkennen diese Widersprüche und stellen berechtigte Fragen: Gilt die Würde des Menschen wirklich für alle gleichermaßen? Gilt sie nur in Sonntagsreden? Gilt sie nur im Inneren unseres Staates? Oder gilt sie auch dann, wenn Bomben auf Gaza fallen, wenn Menschen im Libanon fliehen, wenn Familien im Iran um ihre Toten trauern?

Und genau hier kommt der pädagogische Kern der Frage ins Spiel. Was vermitteln wir unseren Kindern? In unseren Schulen lehren wir sie, dass Konflikte nicht mit Gewalt gelöst werden dürfen, sondern durch Dialog, Regeln und Recht. Wir lehren sie, dass Selbstjustiz in einem Rechtsstaat keinen Platz hat. Wir lehren sie, dass niemand das Recht hat, selbst über Schuld und Strafe zu entscheiden. Dafür gibt es Gesetze, Gerichte und rechtsstaatliche Verfahren. Diese Grundsätze sind unverzichtbar. Doch wenn wir sie im Klassenzimmer lehren,

sie aber in der internationalen Politik selbst relativieren, verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Eine Politik, die im Inneren Rechtsstaatlichkeit predigt, aber nach außen Machtpolitik duldet, zerstört das Vertrauen der jungen Generation in die Geltung von Recht und Würde. Genau deshalb ist die Verteidigung des Völkerrechts keine abstrakte juristische Debatte. Sie ist eine Frage politischer Verantwortung und pädagogischer Glaubwürdigkeit.

Ein weiteres grundlegendes Problem unserer Zeit ist die Anwendung doppelter Maßstäbe im Völkerrecht. Wenn Russland völkerrechtswidrig handelt, wird dies zu Recht verurteilt. Doch wenn die USA und Israel völkerrechtswidrige militärische Angriffe durchführen, bleibt diese Klarheit oft aus. Auch hier gilt: Die Angriffe gingen von den USA und Israel aus, der Iran ist der angegriffene Staat. Eine glaubwürdige internationale Ordnung kann jedoch nur bestehen, wenn das Völkerrecht universell angewendet wird – unabhängig davon, welcher Staat betroffen ist. Wenn wir das Recht nur dann verteidigen, wenn es politisch bequem ist, dann ist es am Ende kein Recht mehr, sondern nur noch ein Instrument der Macht.

Diese selektive Anwendung des Rechts wird zusätzlich verstärkt durch eine politische Einseitigkeit in der Wahrnehmung. Israel wird häufig als legitimer Akteur - nämlich als gut – dargestellt – selbst dann, wenn es der Angreifer ist, während der Iran pauschal als Bedrohung – nämlich als böse - eingeordnet wird – selbst dann, wenn er Ziel militärischer Angriffe ist. Eine solche Darstellung verzerrt die Realität und erschwert eine sachliche Analyse. Eine verantwortungsvolle Politik muss jedoch auf der Grundlage von Fakten handeln, nicht auf der Grundlage politischer Narrative. Wer die Täter-Opfer-Unterscheidung auflöst, schafft nicht Frieden, sondern Verwirrung. Und wer die Wirklichkeit verzerrt, schafft keinen Ausgleich, sondern vertieft das Unrecht.

In diesem Zusammenhang wird häufig die Sicherheit und das Existenzrecht Israels betont. Doch eine entscheidende Frage bleibt: Gilt dieses Recht nur für einen Staat oder für alle Völker in der Region? Was ist mit der Sicherheit der Menschen in Gaza, in Palästina, im Libanon, im Iran oder in Syrien? Nachhaltiger Frieden kann nur entstehen, wenn Sicherheit für alle gilt. Eine dauerhafte Lösung im Nahen Osten ist nur auf der Grundlage des Völkerrechts möglich, insbesondere auf Basis der international anerkannten Grenzen von 1967. Dazu gehört sowohl das Existenzrecht Israels als auch das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen, souveränen Staat. Die Zwei-Staaten-Lösung ist keine politische Option unter vielen, sondern eine notwendige Grundlage für einen gerechten Frieden. Es kann keine Sicherheit für einen Staat geben, wenn gleichzeitig Millionen andere Menschen in permanenter Unsicherheit, Besatzung, Blockade und Angst leben müssen. Wenn Israel sich wirklich um seine Sicherheit und sein Existenzrecht sorgt, dann kann dies nicht durch Expansion, Besatzung, Vertreibung und Gewalt erreicht werden. Echte Sicherheit entsteht nur durch Recht und Gerechtigkeit.

Deshalb möchte ich hier erneut in aller Klarheit unterstreichen:

Israel muss seine Politik der Besatzung, Vertreibung und Eskalation beenden, sich auf die international anerkannten Grenzen von 1967 zurückziehen, die Zwei-Staaten-Lösung akzeptieren und das Existenzrecht sowie die Sicherheit aller Völker in der Region respektieren. Denn: Es gibt keine Sicherheit für einen Staat ohne Sicherheit für alle. Es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit für alle.

Ideologie als Brandbeschleuniger: Die Gefahr religiöser Narrative

Ein besonders gefährlicher Aspekt ist der Einfluss ideologischer und religiöser Narrative auf politische Entscheidungen. Insbesondere im Kontext der israelischen Politik spielt die Vorstellung eines „Groß-Israel“ eine Rolle – ein Konzept, das territoriale Expansion religiös oder historisch zu legitimieren versucht. Gleichzeitig verstärken bestimmte evangelikale Strömungen in den USA diese Dynamiken durch religiös aufgeladene Endzeitvorstellungen.

Das Ergebnis ist brandgefährlich:

Politik wird nicht mehr durch Recht gesteuert, sondern durch Ideologie. Eine Politik, die auf solchen Narrativen basiert, gefährdet nicht nur die Region – sie gefährdet den Weltfrieden. Solche Narrative tragen dazu bei, territoriale Ansprüche, Siedlungspolitik und militärische Maßnahmen zu legitimieren. Doch Politik darf nicht von solchen Deutungen geleitet werden. Sie muss sich am Völkerrecht, an der Gerechtigkeit und am Schutz menschlichen Lebens orientieren. Sobald religiöse oder ideologische Narrative dazu dienen, Besatzung, Vertreibung, militärische Aggression oder Völkermord zu rechtfertigen, werden sie zum Werkzeug des Unrechts.

Lösungsansätze

Liebe Freundinnen und Freunde,

aus dieser eben dargestellten Analyse ergeben sich auch konkrete politische Konsequenzen. Wenn wir wirklich eine gerechte Weltordnung wollen, dann müssen wir den Mut haben, ihre Strukturen zu verändern. Dazu gehört erstens die Überwindung des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, weil dieses Vetorecht Gerechtigkeit blockiert und eine demokratische internationale Ordnung verhindert. Zweitens braucht es eine einheitliche Anwendung des Völkerrechts mit automatischen Sanktionen bei schweren Verstößen – für alle Staaten. Drittens braucht es internationale Rechenschaftspflicht für politische Entscheidungsträger, die Kriege anordnen oder Kriegsverbrechen decken. Viertens braucht es eine klare Ächtung von Angriffskriegen ohne politische Ausnahmen. Fünftens braucht es das Ende doppelter Standards. Sechstens braucht es wirksame internationale Schutzmechanismen für die Zivilbevölkerung. Siebtens braucht es eine klare Trennung von Politik und Ideologie. Achttens braucht es die ernsthafte Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung. Neuntens braucht es eine demokratischere Weltordnung mit stärkerer Beteiligung aller Regionen. Und zehntens

braucht es den Vorrang von Diplomatie vor Gewalt – nicht als Floskel, sondern als verbindlichen politischen Grundsatz.

Deutschland trägt in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung ergibt sich aus unserer Geschichte und aus unserem Grundgesetz. Doch sie darf nicht missverstanden werden. Verantwortung bedeutet nicht, Unrecht zu relativieren oder zu schweigen. Verantwortung bedeutet, das Recht konsequent zu verteidigen. Eine Staatsräson, die dazu führt, dass Völkerrechtsverletzungen nicht klar benannt werden, verliert ihre moralische Grundlage. Deutschland muss den Mut haben, sich für eine gerechte und regelbasierte internationale Ordnung einzusetzen – ohne doppelte Maßstäbe.

Am Ende stellt sich eine grundlegende Frage, die über diesen Konflikt hinausgeht: Welche Welt wollen wir unseren Kindern hinterlassen? Eine Welt, in der militärische Stärke entscheidet, oder eine Welt, in der Recht und Gerechtigkeit gelten? Wenn wir unseren Kindern beibringen, dass Konflikte durch Dialog, durch Regeln und durch Recht gelöst werden müssen, dann müssen wir diese Prinzipien auch auf internationaler Ebene ernst nehmen. Wir können nicht im Klassenzimmer Rechtsstaatlichkeit lehren und gleichzeitig ihre Missachtung auf weltpolitischer Ebene tolerieren. Glaubwürdigkeit ist keine Nebensache. Glaubwürdigkeit ist Pflicht.

Recht statt Macht

Deshalb stehen wir heute hier. Nicht aus politischer Routine, sondern aus moralischer Überzeugung. Wir stehen hier, weil wir daran glauben, dass das Völkerrecht für alle gelten muss. Wir stehen hier, weil wir daran glauben, dass jedes menschliche Leben den gleichen Wert hat. Und wir stehen hier, weil wir wissen, dass Frieden nicht durch Macht entsteht, sondern durch Gerechtigkeit.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zum Schluss sagen wir heute und hier erneut und in aller Deutlichkeit:

Das Leben jedes Menschen zählt.

Das Recht jedes Volkes zählt.

Das Völkerrecht gilt für alle.

Nicht für einige.

Nicht nach Interessen.

Sondern für alle.

Und deshalb sagen wir:

Wir schweigen nicht.

Wir weichen nicht zurück.

Wir stehen auf – für Gerechtigkeit.

Denn Frieden entsteht nicht durch Waffen.
Frieden entsteht durch Recht.

Frieden entsteht nicht durch Macht.
Frieden entsteht durch Gerechtigkeit.

Möge Gott uns die Kraft geben, standhaft zu bleiben.
Möge er uns die Klarheit geben, die Wahrheit zu erkennen.
Und möge er uns den Mut geben, für das Richtige einzustehen.

Frieden sei mit euch/Ihnen allen.